

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. März 1979

am Donnerstag, dem 15. März 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	14, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 17, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	2, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	9, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	12, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	14, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	6, 33 *)

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der von ihr vorgelegte Erfahrungsbericht zum Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz in seinem Aus-sagewert dadurch erheblich eingeschränkt ist, daß er das außergerichtliche Verhalten von Vermietern und Mietern als Erkenntnisgrundlage wenig be-rücksichtigt?
2. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung in dem Bericht nicht die Erfahrungen der Anwaltschaft einbezogen, insbesondere die vielfach vorgebrachte Feststel-lung, es gebe kein vergleichbares Rechtsgebiet, auf dem die Anwälte mit einem derart hohen Prozentsatz von einer beabsichtigten Klageerhe-bung abraten müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für angezeigt, daß ange-sichts der jüngsten Benzinpreissteigerungen und der damit verbundenen Mehrkosten vor allem für die Autofahrer, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, die Kilometerpauschale von 36 Pfennig wieder auf 50 Pfennig erhöht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Staats-anwaltschaft in Hof (Saale) zur Zeit wegen illegaler Textileinfuhren, die aus Drittländern über die DDR im Rahmen des innerdeutschen Warenverkehrs ge-tätigt worden sind, Ermittlungen durchführt, und trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesre-gierung insbesondere zu, daß die Hauptgeschäfts-partner der hiesigen Importeure der volkseigene Außenhandelsbetrieb der DDR-Textil „Commerz“ in Ost-Berlin, Behrenstraße 46, und die „Wiratex Export“ in Ost-Berlin, Unter den Linden 62–68, sind?
5. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Wie hoch sind die dem Bund aus diesen illegalen Textileinfuhren entstandenen Zoll- und Steueraus-fälle, und was hat die Bundesregierung unternom-men bzw. was gedenkt sie zu unternehmen, um künftig den zu Lasten der deutschen Textilindustrie gehenden illegalen Manipulationen im Rahmen des Warenverkehrs zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu begegnen?
6. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen)
(SPD) Kann die Bundesregierung die enormen Preisunter-schiede bei Handelsdüngemitteln in den Mitglieds-ländern der EG erklären, wie sie aus dem Agrar-statistischen Jahrbuch 1974 bis 1977 des Statisti-schen Amts der Europäischen Gemeinschaften her-vorgehen, und liegen ihr Informationen vor, daß zwischen den Düngemittelherstellern Absprachen über eine Preisdifferenzierung auf den Düngemittel-märkten in den EG-Ländern bestehen?

7. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen)
(SPD)
- Wie beurteilt sie die Wettbewerbsverzerrungen, die sich für die deutsche Landwirtschaft aus den Preisunterschieden für Düngemittel im Vorleistungsbereich ergeben, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Wettbewerbsnachteile zu vermindern?
8. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Ist ein Interministerieller Staatssekretärsausschuß mit der Prüfung befaßt oder befaßt gewesen, ob Währungsreserven der Deutschen Bundesbank für die Finanzierung der Rohstoffsicherung eingesetzt werden sollen, und wenn ja, ist diese Prüfung bereits abgeschlossen?
9. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung gegebenenfalls bereits eine Meinung zu diesem Problem gebildet, und wenn ja, welche?
10. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Ist sichergestellt — auch in Anbetracht der Verhandlungen einzelner Bundesländer mit der Volksrepublik China über den Kauf chinesischer Kohle —, daß auch in Zukunft Importkohlen aus Drittländern nur im Rahmen der Mengen des Kohlezollimportkontingentgesetzes in die Bundesrepublik Deutschland kommen, oder beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung?
11. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich in jüngster Zeit die Preisdifferenzen für Vergaserkraftstoffe zwischen den konzerngebundenen und den freien Tankstellen entwickelt haben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Marktanteile der freien Tankstellen in etwa zu sichern?
12. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Benzinpreise der Konzerne in Regionen mit freien Tankstellen noch immer relativ niedrig sind, und was kann die Bundesregierung tun, um die Preissteigerungen für die Autofahrer zu begrenzen?
13. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Klagen von Unternehmen aus dem Zonenrandgebiet bekannt, nach denen Angebote nicht gebührend berücksichtigt werden, die nach der Zonenrandklausel bis zu 5 v. H. über den Angeboten von Bewerbern außerhalb des Zonenrandgebiets liegen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
14. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf die Vergabe von Aufträgen dahin gehend einzuwirken, daß die zulässig teureren Angebote von Unternehmen aus dem Zonenrandgebiet zwingend berücksichtigt werden müssen, gegebenenfalls unter Zahlung der Differenzsumme?
15. Abgeordneter
Spöri
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß — wie im Rahmen der Vereinbarung der Internationalen Energieagentur (IEA) vorausgesetzt — der Ölverbrauch 1979 um 5 v. H. sinkt, wenn bis Ende April 1979 der Ölverbrauch in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland bereits um 2,5 v. H. über dem Vorjahresstand lag?

16. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie ist die Erklärung des Vertreters der Bundesregierung auf der Tagung der Internationalen Energieagentur am 2. März 1979 zu verstehen, für Bonn stehe bei der Verwirklichung des (Energie-)Sparzieles die Preispolitik im Vordergrund, und wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Preispolitik der Mineralölkonglomerate?
17. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Welche der nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erforderlichen Genehmigungen sind der bundeseigenen Fritz-Werner-Industrie-Ausrüstungs-GmbH für die Einfuhr, Weiterentwicklung und Ausfuhr einer sowjetischen Panzerabwehrrakete erteilt worden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Geschäftspolitik des Unternehmens bei Kriegswaffenexport und Produktion im Ausland?
18. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Sind bei der Fritz-Werner-Industrie-Ausrüstungs-GmbH in den kommenden Jahren im Zusammenhang mit der Einfuhr, Weiterentwicklung und Ausfuhr einer sowjetischen Panzerabwehrrakete Geschäftsverluste zu erwarten?
19. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Stehen die bei der Fritz-Werner-Industrie-Ausrüstungs-GmbH zu erwartenden Geschäftsverluste in den kommenden Jahren auch im Zusammenhang mit der Einfuhr, Weiterentwicklung und Ausfuhr einer sowjetischen Panzerabwehrrakete?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

20. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium in dem Gutachten „Staatliche Interventionen in einer Marktwirtschaft“ vom 15./16. Dezember 1978 zum Bereich der öffentlichen Förderung von Sozialwohnungen, insbesondere die Feststellung, infolge des nicht funktionsgerechten Einsatzes des Preisinstruments in der Mietpreispolitik für öffentlich geförderte Sozialwohnungen sei die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum nicht so gut, wie sie sein könnte?
21. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den auch zukünftig für Problemgruppen und aus städtebaulichen Gründen erforderlichen Bereich an Objektförderung zu „individualisieren“?
22. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung entgegen ihren ursprünglichen Zusagen und mit den Ländern getroffenen Absprachen darauf verzichtet, die wesentlichen Grundlagen der Finanzhilfen des Bundes an die Länder zur Wohnungsbauförderung sowie den Verteilungsmaßstab gesetzlich zu regeln, und wenn ja, aus welchen Gründen, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht für die Bundesbeteiligung am sozialen Wohnungsbau im Verhältnis zu den einzelnen Ländern?
23. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Bedeutet der Verzicht auf eine gesetzliche Absicherung der Beteiligung des Bundes an der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, daß sich der Bund in absehbarer Zeit überhaupt aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zurückziehen möchte?

24. Abgeordneter
Franke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommene Hochrechnung der Wohnungsstichprobe 1972 (vgl. Wochenbericht 1 — 2/79, Fußnote 10), nach der 1978 40 v. H. aller Haushalte in Sozialwohnungen die für diese geltenden Einkommensgrenzen überschreiten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
25. Abgeordneter
Franke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Städtebauinstituts (vgl. Hausbau Information vom 29. Januar 1979), daß die „Fehlbelegerquote“ bei 50 v. H. anzusiedeln sei, wenn man berücksichtige, daß ein gewisser Bestand an Sozialwohnungen Haushalten vorbehalten ist, deren Einkommen um 20 v. H. unter den normalen Einkommensgrenzen liegen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
26. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung ihren Widerstand gegen die im Wohnungsbauänderungsgesetz 1978 vom Bundesrat vorgeschlagene Gleichstellung von öffentlich geförderten Mietwohnungen, die nachträglich in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden, mit solchen eigengenutzten Eigentumswohnungen, die als solche gefördert worden sind, weiterhin aufrecht, und wenn ja, wie vereint sie dies mit ihrer Absicht, die Wohneigentumsquote gerade auch durch die Umwandlung von Mietwohnungen in eigengenutzte Wohnungen zu erhöhen?
27. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an ihrer im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung geäußerten Absicht fest, eine Bestandsaufnahme im Wohnungsbau, insbesondere im sozialen Wohnungsbau, vorzunehmen, und bis wann ist mit konkreten Ergebnissen zu rechnen?
28. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundeswohnungsbauminister Dr. Haack der Süddeutschen Zeitung am 26. Februar 1978 erklärt hat, daß der Erfahrungsbericht zum Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz nicht nur statistische Daten, sondern auch gleich gewisse Vorstellungen einer Gesetzesänderung enthalten solle, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bewogen, von dieser Erklärung ihres Bundeswohnungsbauministers abzurücken?
29. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die von der Bundesregierung angestellten Überlegungen gediehen, bekannt gewordenen Problemfällen bei der Veräußerung von Sozialmietwohnungen mit Hilfe von Änderungen des geltenden Steuerrechts entgegenzutreten, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein wesentlicher Grund für eine en bloc-Veräußerung an gewerbsmäßige Umwandler in den steuerlichen Auswirkungen des § 9 des Gewerbesteuergesetzes und des § 6 b des Einkommensteuergesetzes zu sehen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

30. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung Abgeordneten der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg Detailinformationen über die Lage bei der Entsorgung von Kernkraftwerken gegeben hat, die von der amtlichen Entsorgungskonzeption des Bundes und im Einvernehmen damit des Landes Baden-Württemberg hinsichtlich ihrer Auswirkung auf den Betrieb bestehender und den Bau neuer Kernkraftwerke sehr verschieden sind, und falls ja, worin bestehen die wesentlichen Unterschiede?
31. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Mit welchen Kosten ist die mit Pressemitteilungen 24/79 vom 21. Februar 1979 vom Bundesminister für Forschung und Technologie angekündigte „breite Informations- und Diskussionsaktion im Rahmen des ‚Bürgerdialogs Kernenergie‘ zu dem geplanten nuklearen Entsorgungszentrum in Gorleben“ verbunden?
32. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Wird die Bundesregierung sicherstellen, um den Eindruck einer einseitigen Pro-Kernenergieaktion erst gar nicht aufkommen zu lassen, daß im Rahmen der bei dieser Aktion geplanten Informationsmittel auch die Gegner der Kernenergie ihre Position darstellen können?
33. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Was hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie in den letzten Jahren unternommen, um die Konstruktion lärmarmer Kraftfahrzeuge zu fördern?
34. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern Kraftfahrzeuge mit lärmgedämmten Motoren in Serienfertigung, und wenn ja, wie groß ist die erreichte Lärmreduzierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

35. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Förderung der Errichtung und Unterhaltung von Teil- oder Vollinternaten im Bereich des Leistungssports, und welche Förderungsmittel stellt die Bundesregierung für diese Zwecke zur Verfügung?
36. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Welche pädagogischen und jugendpflegerischen Voraussetzungen stellt die Bundesregierung an den Schul- und Sportbetrieb von Teil- und Vollinternaten, und auf welche Weise ist sichergestellt, daß die Bedingungen des „humanen Leistungssports“ und die Jugendschutzbestimmungen in diesen Einrichtungen eingehalten werden?
37. Abgeordneter
Reichhold
(CDU/CSU) Werden von Seiten der Bundesregierung Überlegungen angestellt, das Bundespersonalvertretungsgesetz und die Wahlordnung zu ändern, angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Postgewerkschaft in einem am 19. Oktober 1978 in Frankfurt veröffentlichten Rundschreiben ihre Vertrauensleute auf-

fordert, sicherzustellen, daß möglichst alle Wahlberechtigten die Liste der Postgewerkschaft durch Unterschrift unterstützen, um damit zu verhindern, daß sich andere Gruppen zum Personalrat der Deutschen Bundespost beteiligen können?

38. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die niedersächsische Landesregierung die Firma Gesellschaft für Umweltüberwachung GmbH in das Genehmigungsverfahren des geplanten nuklearen Entsorgungszentrums für den Bereich Radioökologie einschalten will?
39. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Wäre nach Ansicht der Bundesregierung die erforderliche insbesondere vom Antragsteller unabhängige Begutachtung des geplanten Zentrums gewährleistet, wenn die Gesellschaft für Umweltüberwachung GmbH gutachterlich tätig würde, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
40. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Trifft die Behauptung, daß die Zahl der alkoholbedingten Dienstvergehen in der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren zugenommen hat, auch für die Bundesverwaltungen insgesamt oder in einzelnen Teilen, zu, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Alkoholmißbrauch in der Verwaltung zu bekämpfen?
41. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung von Bundesdisziplinaranwalt Claussen, daß die Bekämpfung von Alkoholverfehlungen eine stärkere Personalführung erfordert, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls in dieser Richtung zu unternehmen?
42. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung eine Weisung erteilt — oder beabsichtigt sie, dies zu tun —, daß die Industriengewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen?
43. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung eine Verfassungsänderung mit dem Ziele einer Volkswahl des Bundespräsidenten vorschlagen?
44. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, wonach es sich bei der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Verleger und Buchhändler mit 17 Verlagen und mehr als 40 „Kollektiv“-Buchläden, der Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuß/Düsseldorf, der Großdruckerei Heska im rheinischen Hainau, dem Verlag Marxistische Blätter in Frankfurt und dem Kölner Verlag Pahl-Rugenstein um von der DDR gelenkte kommunistische Firmen handelt?
45. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Betrieb einiger deutscher Atomkraftwerke möglicherweise wegen mangelnder Entsorgungsmöglichkeiten noch in diesem oder im nächsten Jahr eingeschränkt oder ganz gestoppt werden muß (vgl. Südwest Presse vom 1. März 1979)?

46. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die augenblickliche Lagerkapazität in La Hague praktisch erschöpft ist und die dortige Betriebsgesellschaft Cogema sich in ihren Entsorgungsverträgen mit den deutschen Kernkraftwerken nicht verpflichtet hat, abgebrannte Brennstäbe auf jeden Fall zu übernehmen, so daß vor allem den Kernkraftwerken in Neckarwestheim und Obrigheim die Stilllegung droht, (Südwest Presse vom 1. März 1979)?
47. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welches ist der Stand der Überlegungen der Bundesregierung zur Neuabgrenzung des Empfängerkreises für die sogenannte Polizeizulage, und ist insbesondere die Einbeziehung der Verwaltungsbeamten im Bundesgrenzschutz und der Beamten des Zollfahndungsdienstes vorgesehen?
48. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, in geeigneter Form klarzustellen, daß für die Anerkennung als Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland die Registrierung in den auf Grund des Führererlasses über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom Oktober 1939 geführten Listen von „Volksdeutschen“ keine wesentliche Voraussetzung ist, um zu verhindern, daß jüdischen Aussiedlern und Flüchtlingen aus osteuropäischen Staaten auch weiterhin aus diesen Gründen Vertriebenen ausweise wie auch Einbürgerung verweigert werden kann?
49. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Nachteile, die den Beamten durch § 5 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes entstehen, die auf Grund von Lehrgängen kurz vor ihrer Pensionierung noch befördert worden sind und dann keine zwei Jahre mehr die höheren Dienstbezüge erhalten, und zu welchen Änderungen wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit?
50. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, daß Ostblockstaaten entgegen internationaler Verpflichtungen Kriegsgräber deutscher Soldaten auch jetzt noch einebnen?
51. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen unternommen, und wie unterstützt sie entgegengesetzte Bestrebungen des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

52. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Wird sich die Bundesregierung in Brüssel dafür einsetzen, daß die Einfuhr von agrarischen Erzeugnissen der Entwicklungsländer im Interesse der Verbraucher nicht wie bisher unterbunden wird, und welche Möglichkeiten sieht sie, die Steigerung der Interventionsmittel im EG-Agrarhaushalt (1979 fast 14 Milliarden DM) in Zukunft zu verhindern?
53. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und der Technik Tierversuche keine Erkenntnisse mehr bringen, und daß daher derartige Versuche grundsätzlich überflüssig sind und im wesentlichen der Geschäftemacherei dienen?

54. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß Tierversuche grundsätzlich untersagt werden und nur noch in besonders begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden?
55. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung nach dem Gespräch mit Vertretern des fränkischen Weinbauverbands am 18. Januar 1979 zur Sicherstellung des europäischen Rechtsschutzes der fränkischen Bocksbautelflasche unternommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

56. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Patienten, die in die neu eingerichteten Alten Krankenhäuser aufgenommen werden und als behandlungsbedürftige Pflegefälle anzusehen sind, in den Leistungsanspruch der gesetzlichen Krankenversicherung zu übernehmen, und wenn nein, welche Regelung kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs vorschlagen?
57. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Gründe ursächlich dafür sind, daß die Zahl der Arbeitsunfälle am Wochenanfang deutlich größer ist als am Ende der Arbeitswoche?
58. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wieviel Arbeitsplätze wurden seit 1973 im Zonenrandgebiet mit Bundesmitteln gefördert, und wieviel Arbeitsplätze sind seitdem in diesem Raum verlorengegangen?
59. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des Einzugsverfahrens für die Beiträge zur Sozialversicherung, die eine selbstschuldnerische Abführung vom Arbeitgeber an die Ersatzkassen beinhaltet?
60. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Gesetzesänderung herbeizuführen, die die Ersatzkassen ermächtigt, bei ihren freiwillig Versicherten die Beiträge zur Angestellten- und Arbeitslosenversicherung einzuziehen?
61. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Hat das Bundesgesundheitsamt die Meinung vertreten, daß beim Umgang mit Solarien Gefahren auftreten können, die zu schweren Veränderungen, etwa zu vorzeitiger Alterung der Haut, zu Verhornungen sowie zu Hautkrebs führen, und was kann nach Meinung der Bundesregierung getan werden, um diesen Gefahren zu begegnen?
62. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtliche Situation für die Arbeitnehmer, die infolge von Schneeverwehungen und Fahrverboten nicht am Arbeitsplatz erscheinen konnten oder deren Arbeitskraft aus den genannten Gründen vom Arbeitgeber nicht angenommen wurde, und welche Folgerungen zieht sie daraus z. B. für die gesetzliche Schlechtwettergeld-Regelung?

63. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung generell und bezüglich des „Schnee-Lohnausfalls“ in Norddeutschland, zu einer auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigenden Regelung zu gelangen, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls dazu erforderlich?
64. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit und Eilbedürftigkeit, für die katastrophenbedingten Lohnausfälle der Arbeitnehmer in Norddeutschland „Ausgleichsleistungen“ zu gewähren, und warum erfolgte noch keine Reaktion auf meine diesbezügliche Eingabe an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung vom 21. Februar 1979?
65. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen mit dem Ziel, den Arbeitnehmern in Norddeutschland für die katastrophenbedingten Lohnausfälle einen Ausgleich zu gewähren, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?
66. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Betriebe und wieviel Arbeitsplätze seit 1976 im niedersächsischen Zonenrandgebiet verlagert bzw. stillgelegt worden und wieviel Arbeitsplätze in dieser Zeit neu geschaffen worden sind?
67. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie die Abwanderungsbilanz für das niedersächsische Zonenrandgebiet lautet, und wie die Motive für die Wanderungsbewegungen lauten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

68. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt es abgelehnt hat, Flugzeuge oder Raketen bereitzustellen, mit denen im Verteidigungsfall amerikanische Sprengköpfe auf sowjetisches Territorium transportiert werden könnten, und wie ist gegebenenfalls eine solche Haltung vereinbar mit einer wirksamen Verteidigung unseres Staats, dessen Territorium auf Grund der im US-Kongreß festgestellten mangelnden Feuerkraft der NATO-Verbände und wegen der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten sowjetischen SS-20-Raketen äußerst gefährdet ist?
69. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob ein Unterausschuß des Steitkräfteausschusses im US-Repräsentantenhaus beziehungsweise ergänzend die Haushaltsstelle des US-Kongresses festgestellt hat, die Fähigkeit der NATO-Truppen, Europa zu verteidigen, sei mangels Munition und Nachschub höchst zweifelhaft und die norddeutsche Tiefebene dabei besonders verwundbar, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese für unsere Sicherheit wichtigen Feststellungen?
70. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß die UdSSR — wie Pressemeldungen zu entnehmen ist — zwei neue Interkontinentalbomber entwickelt, wovon einer den Backfirebomber (TU 26) ablöst und bereits 1982 operationsfähig ist mit den gleichen Merkmalen und Fähigkeiten, die der 1977 gestoppte B-1-Bomber der USA

- haben sollte, und der andere den TU-95 (NATO: Bear), dessen bisherige Reichweite von 7800 Meilen auf 10000 Meilen gesteigert werden soll und der 1983 einsatzbereit ist?
71. Abgeordneter
Tönjes
(SPD) Ist es richtig, daß bei den STAN-Neuverhandlungen in den mittleren Heeresfliegertransportregimentern (Rheine, Mendig, Laupheim) eine große Anzahl von A 11-Stellen (Hauptmann) für Offiziere des militärfachlichen Dienstes (FD) herabdotiert worden sind?
72. Abgeordneter
Tönjes
(SPD) Warum ist dies gegebenenfalls geschehen, und für welche Bereiche sind diese Stellen vorgesehen?
73. Abgeordneter
Voigt
(**Sonthofen**)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die 1. Gebirgsdivision im Rahmen einer Umgliederung den anderen Panzergrenadierdivisionen des Heeres anzupassen, und falls ja, inwieweit kann sie dann noch ihrem ursprünglichen Auftrag, den bayerischen Raum zu schützen, gerecht werden?
74. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Entsprechen Gliederung und Organisationsprinzip der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR dem militärischer Einheiten?
75. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stoffplan der letzten Ausbildungsperiode der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, und worin sieht die Bundesregierung die Schwerpunkte dieser Ausbildungsperiode?
76. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der völligen Angleichung der Kampfgruppen in der DDR — Organisation, Führung und Vorschriftenwesen gleichermaßen — an die Gegebenheiten der NVA?
77. Abgeordneter
Böhm
(**Melsungen**)
(CDU/CSU) Welche Stellung mißt die Bundesregierung den Kampfgruppen als Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung innerhalb der Kräfte des Warschauer Pakts zu?
78. Abgeordneter
Böhm
(**Melsungen**)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung auf Grund der unlängst bekannt gewordenen Äußerungen des DDR-Verteidigungsministers Armeegeneral Hoffmann zur Bedeutung der Kampfgruppen den Darlegungen des Generalmajors Leube, der offen vom „operativen Einsatz der Kampfgruppen“ spricht, sowie der Veröffentlichungen von Generaloberst Scheibe, dem Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED, zu diesem Thema eine neue Lagebeurteilung angestellt, und zu welchem Ergebnis kommt sie gegebenenfalls dabei?
79. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Entspricht der Aufbau der rückwärtigen Dienste der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR dem logistischen System der Nationalen Volksarmee, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
80. Abgeordneter
Hennig
(CDU/CSU) Welche Lernziele hat die Zentrale Schule für Kampfgruppen in der DDR bei der ideologischen Indoktrinierung, und welche Ausbildungsgebiete und Ziele haben die Waffenschulen der Kampfgruppen?

81. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Muß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland damit rechnen, daß in einem Verteidigungsfall Einheiten der Kampfgruppen auf ihrem Territorium eingesetzt werden — eventuell zur Sicherung der Operationsfreiheit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte oder als Sonderkommandos?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

82. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glottz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob durch den Sanitärreiniger „Domestos“ der Firma Lever Sunlicht Chlorgasunfälle verursacht wurden, und sieht sie gegebenenfalls Möglichkeiten, die Verbraucher und insbesondere auch Kinder durch vorgeschriebene Warnhinweise, Kindersicherungen für die Verschlüsse oder Verkaufsverbote vor den Gefahren dieser Chemikalie zu schützen?
83. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit Werbeschriften der Spirituosen-Industrie, die darstellen, Wissenschaftler hätten weltweit die Toleranzgrenze des Alkoholkonsums bei 80 Gramm Alkohol pro Tag festgesetzt, ohne zugleich darauf hinzuweisen, daß dieser Wert z. B. für Frauen erheblich niedriger liegt, irreführender und gesundheitsschädlicher Werbung auf diesem Feld entgegenzutreten?
84. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung verschiedener Ärzte und Wissenschaftler, wonach der Kochsalzgehalt in der Nahrung, insbesondere bei konservierten Nahrungsmitteln, so hoch ist, daß von einer akuten Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung gesprochen werden kann, und wenn ja, welche Konsequenzen ist die Bundesregierung bereit, daraus zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

85. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn neben den vorgesehenen Einstellungen des Personenverkehrs auf den Bundesbahnstrecken Miltenberg–Wertheim und Miltenberg–Seckach nun auch eine weitere Einschränkung auf der Bundesbahnstrecke Aschaffenburg–Miltenberg in der Form erwägt, daß der Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen eingestellt wird, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung, bzw. ist sie bereit, im Interesse der betroffenen Bevölkerung diese Reduzierung des Bundesbahnangebots zu unterbinden?
86. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die seit Jahren zugelassenen geschlossenen Rettungsboote, die wesentlich mehr Sicherheit bei Schiffsunglücken bieten als offene Rettungsboote, seit ebenfalls schon geraumer Zeit von der See-Berufsgenossenschaft als verpflichtend einzuführen gefordert werden, dies jedoch bis heute nicht erfolgt ist?

87. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung, insbesondere nach dem schweren Schiffsunglück der „München“, den Fragen der Schiffssicherheit, insbesondere auch den Fragen geeigneter Rettungsboote und weiteren geeigneten Rettungsmaterials, die gebotene Aufmerksamkeit widmen?
88. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die schweren wirtschaftlichen Schäden der privaten Schiffseigner in der Binnenschifffahrt bekannt, die durch den langen Winter und die damit verbundene lange Liegezeit entstanden sind, und ist sie bereit, diese durch ein Eisliegegeld, Zinsverbilligung oder andere Hilfsmaßnahmen wenigstens zum Teil auszugleichen?
89. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die private Binnenschifffahrt die gegenwärtig gesetzlich verankerten Frachtfestsetzungen für außerordentlich ungerecht hält, und ist sie bereit, im Interesse einer größeren Frachtengerechtigkeit, die Tarife künftig so festzusetzen, daß vor allem die erbrachten Leistungen, wie Arbeitsaufwand, Weg, Tonnage und Zeit, berücksichtigt werden?
90. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß die Baudenkmäler, die im Besitz der Deutschen Bundesbahn sind, auch dann erhalten werden, wenn diese Gebäude betrieblich nicht mehr benötigt werden?
91. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost Staatsanwaltschaften veranlaßt hat, gegen Bundesbürger zu ermitteln, die in Unkenntnis der einschlägigen Vorschriften Rundfunkempfänger betrieben haben?
92. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts des anwachsenden Personenkreises, der ein solches Gerät betreibt, zu ergreifen, um eine bessere Information zu gewährleisten?
93. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es sich bei der Aussage „die Opfer der Kriege verpflichten zum Frieden“ um einen politischen Vermerk im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 3 der Postordnung handelt und deshalb in einem Freistempleraufdruck nicht verwendet werden darf?
94. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung den „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V.“ für eine Einrichtung, die für ein Ziel wirbt, das aus der Sicht der Bundesregierung nicht volle Unterstützung der Deutschen Bundespost erwarten kann?
95. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Inwieweit hat die Deutsche Bundespost direkt oder indirekt zur Deckung der Kosten, die im Zusammenhang mit der Entwicklung des EWS-Systems bei den beteiligten Firmen und bei der Deutschen Bundespost in Milliardenhöhe angefallen sind, beigetragen?

96. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Warum soll das neue vollelektronische Wählsystem überwiegend zusammen mit demjenigen Unternehmen entwickelt werden, das bei der Entwicklung des nunmehr aufgegebenen EWS-Systems überwiegend beteiligt war, und dies, obwohl andere Unternehmen bereits über das vollelektronische System verfügen und dieses in anderen Ländern installiert haben?
97. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost mit ihrem gegenwärtigen Stand an Fernmeldehandwerkern nicht in der Lage ist, der Nachfrage nach neuen Fernmeldeanschlüssen reibungslos Rechnung zu tragen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diese Facharbeiterlücke bei der Deutschen Bundespost durch unverzügliche Aufhebung der Anweisung des Bundespostministers vom 19. Februar 1979 zur Nichteinstellung von auslernenden Fernmeldehandwerkern zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

98. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wieviel Urteile und mit welchem Strafmaß sind im Jahr 1978 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren von Gerichten der DDR wegen Fluchthilfe ausgesprochen worden?
99. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Besteht die Möglichkeit, daß die Bundesregierung dem Beispiel der DDR folgend gleichfalls eine ganzseitige Anzeige mit einer Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Leistungen und Absichten der Bundesrepublik Deutschland in der Presse der DDR veröffentlicht, und ist eine derartige Möglichkeit gegebenenfalls bereits wahrgenommen worden?
100. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Hat die „DDR“ direkt oder indirekt bei der Bundesregierung um die Gewährung eines Kredits zur Linderung ihrer wirtschaftlichen Einbußen auf Grund des strengen Winters nachgesucht, und wurde ein diesbezügliches Ersuchen gegebenenfalls über den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin an die Bundesregierung herangetragen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

101. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen im einzelnen hat die Bundesregierung unternommen, um die Weitergabe geheimer Dokumente aus dem Kanzleramt an die Presseorgane „Stern“ und „Spiegel“ aufzuklären?
102. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat oder wird die Bundesregierung einleiten, um eine solche Weitergabe geheimer Dokumente in Zukunft zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

103. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus der Tatsache, daß einseitige Vorleistungen gegenüber der UdSSR bei den SALT II-Verhandlungen nicht honoriert, sondern im Gegenteil mit einer Verstärkung des strategischen Potentials beantwortet werden, für die MBFR-Verhandlungen in Wien?
104. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, daß die Sowjetunion „verstärkt darauf drängen“ will, daß die „Legalität der DKP in der Praxis mehr respektiert wird“, wie Zeitungsmeldungen zu entnehmen ist, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesem Drängen der Sowjetunion?
105. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Aufnahme von sogenannten offiziellen Namibia-Delegationen, die nur aus nichtgewählten Mitgliedern der SWAPO bestehen, in die Unterorganisationen der Vereinten Nationen (z. B. die UNESCO, die FAO oder ILO) in unzulässiger Weise einen Alleinvertretungsanspruch der SWAPO dokumentiert, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
106. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Wie haben sich die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Abstimmungen über die Aufnahme dieser sogenannten offiziellen Namibia-Delegationen in die VN-Unterorganisationen verhalten?
107. Abgeordneter
Petersen
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Aufnahme von durch keinerlei demokratische Wahlen legitimierten Delegationen eines Landes, das z. Z. seine Unabhängigkeit noch nicht erlangt hat, in internationale Gremien zu verhindern?
108. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD)
- Zieht die Bundesregierung die Einführung einer Visumpflicht für Südafrikaner in Erwägung?
109. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung in der derzeitigen politischen Situation Südafrikas für vertretbar, daß an der hiesigen südafrikanischen Botschaft ein Militärattaché weiterhin seine Funktionen ausübt?
110. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob auf der Gipfelkonferenz der afrikanischen Frontstaaten in Luanda zur Zusammensetzung der UN-Friedensstreitmacht für SWA/Namibia beschlossen wurde, „daß sich diese aus Streitkräften aus Ländern zusammensetzen sollten, die zu keinem Militärbündnis gehören. Die logistischen Bestandteile können jedoch aus verschiedenen Ländern kommen, auch aus solchen, die einem Militärbündnis angehören, vorausgesetzt, sie sind gerecht und gleichmäßig verteilt.“?

111. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Welche Haltung nimmt gegebenenfalls die Bundesregierung angesichts dieses Beschlusses zu dem Vorschlag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Zusammensetzung der UN-Friedensstreitmacht für SWA/Namibia ein, in dem für die Infanteriestreitkräfte auch ein Kontingent eines Staats des Warschauer-Pakts vorgesehen ist?
112. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die einseitige Unterstützung der von der UdSSR geförderten kommunistischen SWAPO durch die UNO zu beenden und auf eine friedliche politische Entwicklung in Südwesafrika/Namibia hinzuwirken?
113. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang werden in der auswärtigen Kulturpolitik, insbesondere der Deutschlandkunde, Fragen der Deutschland- und Berlinpolitik auf der Grundlage des Währungs- und Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes und der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975 (Grundvertrag und Ostverträge) behandelt, und entsprechen die verwendeten Atlanten und Karten den verfassungsrechtlichen (auch bezüglich der gesetzesmäßigen Information) und völkerrechtlichen Forderungen, die sich aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen auch des Deutschlandvertrags ergeben (vgl. Antworten auf Frage 116 am 18. Januar 1979)?
114. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie sind nach Auffassung des Auswärtigen Amts und insbesondere von Staatsminister Dr. von Dohnanyi (nach seinen Äußerungen in Osthofen) die zu Deutschland gehörenden Gebiete östlich von Oder und Neiße in amtlichen Informationen und dazu bestimmten Karten darzustellen, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Einklang mit Artikel IV des Warschauer Vertrags und den Aussagen der Bundesregierung festgestellt hat, daß diese Gebiete aus der Zugehörigkeit zu Deutschland nicht entlassen und nicht fremder Souveränität unterstellt sind (7. Juli 1975), andererseits Rechtspositionen ganz Deutschlands durch kein Handeln einer deutschen Behörde gemindert oder verschleiert werden dürfen (31. Juli 1973)?
115. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung sich veranlaßt, den deutschen Episkopat gegen die Angriffe auf deutschen katholischen Bischöfe durch das polnische KP-Organ „Tribuna Ludu“ vom 6. März 1979 öffentlich in Schutz zu nehmen und gegenüber dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, die Angriffe zurückzuweisen?
116. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Einmischungsversuche auf unsere interne Diskussion über die Verjährung von Mord durch den Leiter der staatlichen „Zentralkommission für die Untersuchung von Nazi-Verbrechen in Polen“, Professor Czeslaw Pilichowski, Warschau, bereit, gegenüber der Regierung der Volksrepublik Polen gegen diese Tätigkeit ihrer Dienststelle Verwahrung einzulegen und daraufhinzuweisen, wie sich die polnischen Justizbehörden verhalten gegenüber dem polnischen Kommandanten des Vernichtungslager Lamsdorf (Ober-

- schlesien), Ceslwa Gimborski, und dessen Lagerführer, Jan Fuhrmann, die sich wegen Mordes und Beihilfe zum Mord an Säuglingen, Frauen und Greisen zu verantworten hätten?
117. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welcher Art waren die technischen Hilfen, die die deutsche Botschaft in Den Haag bei Vorbereitung der ZDF-Sendung vom 22. Februar 1979 in Holland geleistet hat, und wie gestalteten sich insbesondere die Kontakte zwischen dem Pressereferenten der Botschaft und den in Aussicht genommenen Teilnehmern?
118. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist auszuschließen, daß der Pressereferent der Botschaft den in Aussicht genommenen Teilnehmern thematische Hinweise gegeben hat?
119. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Welche Formen der public-relation-Arbeit hat die Bundesregierung in den letzten Jahren bei unserem Nachbarn Niederlande eingesetzt, um dort ein unparteiisches und differenziertes, der Wahrheit entsprechendes Bild vom Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln und damit einseitigen Vorstellungen entgegenzuwirken?
120. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften noch keinen Vertragsgeszentwurf zu dem von der Bundesrepublik Deutschland bereits vor sechs Jahren unterzeichneten „Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen“ zugeleitet, so daß dieses wichtige Abrüstungsabkommen parlamentarisch noch nicht beraten werden konnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

121. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Hat die Bundesregierung Anstoß zu dem Strafverfahren gegen den verstorbenen Hitler-Adjutanten, General a. D. Engel, wegen illegalem Waffenhandel gegeben, obwohl General a. D. Engel dem in „Die Welt“ vom 12. Dezember 1978 abgedruckten Brief des ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes zufolge, vom Bundesnachrichtendienst als Geschäftsführer der betreffenden Waffenhandelsfirma „namhaft gemacht“ worden ist, und wenn ja, aus welchen Gründen?
122. Abgeordneter
Coppik Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen das Verfahren eingestellt worden ist?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, den Bericht zur Lage der Deutschen Nation 1979 entgegen der Übung in den vergangenen Jahren bisher nicht zu erstatten, und wann gedenkt die Bundesregierung, ihrer Verpflichtung zur Vorlage dieses Berichts nachzukommen? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 2. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) | Hat sich der Bundeskanzler für Straßburg als endgültigen Sitz für das Europäische Parlament ausgesprochen und dieses als Meinung auch der Bundesregierung bezeichnet, wie das Luxemburger „tageblatt“ vom 3. Februar 1979 meldet? |
| 3. Abgeordnete
Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele deutsche Staatsangehörige z. Z. in der Türkei inhaftiert sind? |
| 4. Abgeordnete
Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie der Schuldvorwurf in diesen Fällen lautet? |
| 5. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) | Ist die belgische Regierung über den europäischen Ministerrat oder auf anderem Weg mit der Bundesregierung in die Erörterung der Frage eingetreten, ob es eine gemeinschaftliche Beteiligung der Länder der Europäischen Gemeinschaft an den Stationierungskosten ausländischer Truppen in Zaire geben könne? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 6. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) | Identifiziert sich die Bundesregierung weiterhin mit der zuletzt von den beamteten Staatssekretären am 5. November 1973 festgelegten Praxis, unseren Staat verfassungsgemäß als „Bundesrepublik Deutschland“ zu bezeichnen? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung Vorgänge, bei denen auf die sich aus Überschrift, Präambel sowie Ausfertigungs- und Verkündungsklausel des Grundgesetzes ergebende Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ verzichtet wird? |

8. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in der Verfassung nicht vorgesehene Abkürzung der Bezeichnung unseres Staats von vielen nur benutzt wird, um die Bundesrepublik Deutschland mit der Bezeichnung DDR gleichzustellen, und was tut die Bundesregierung, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken?
9. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten, in absehbarer Zeit zu einer umfassenden Novellierung des Fluglärmgesetzes von 1971 zu gelangen mit dem Ziel, Ansprüche der Betroffenen durchschaubar darzustellen?
10. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung, nachdem die in den letzten Jahren gestellten Mittel nicht ausgeschöpft worden sind, für möglich, die Erstattungen für baulichen Schallschutz zu erhöhen und zu einer umfassenden Erstattungsregelung für beide Lärmschutzzonen zu gelangen, das heißt, auch für die Bereiche der Lärmschutzzone II befriedigende Erstattungen zu ermöglichen?
11. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln kann die Bundesregierung auch internationale Sportbegegnungen von Sportvereinen und Sportverbänden fördern?
12. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über eine Übersicht, ob und in welcher Weise sich auch die Bundesländer finanziell an der Förderung von internationalen Sportbegegnungen von Sportvereinen und Sportverbänden beteiligen?
13. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung die Unterscheidung in Länder mit und ohne Folterungen und politische Morde, die auf einer Weltkarte zum Thema Menschenrechte in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift „Zeitslupe“, Nr. 8, getroffen wird, und wo sieht die Bundesregierung die Ursache für eine derartige Klassifizierung?
14. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Auffassung des Gaus Hansa des ADAC, es müsse grundsätzlich geklärt werden, ob die meistens sehr kurzfristig ausgesprochenen Fahrverbote überhaupt als Grundlage für ein Bußgeldverfahren gegen Zuwiderhandelnde dienen könnten, zum Anlaß einer Prüfung und gegebenenfalls zum Anlaß für eine Initiative zur Ergänzung des bisherigen Katastrophenschutzgesetzes nehmen?
15. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Großmärkte und C & C Märkte pyrotechnische Gegenstände auch vor dem für den Einzelhandel festgelegten Verkaufszeitraum (ab 28. Dezember) verkaufen, ohne zu prüfen, ob es sich bei den Käufern ausschließlich um Wiederverkäufer handelt, und gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen eine Regelung herbeizuführen, wonach während der Zeit vom 1. November bis 29. Dezember pyrotechnische Artikel grundsätzlich nur dann verkauft werden dürfen, wenn vom Käufer der Nachweis erbracht wird, daß der Erwerber den Handel mit pyrotechnischen Gegenständen betreibt?

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordnete
Frau
Hürland
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Statistische Bundesamt weiterhin auf die Erfassung der im öffentlichen Gesundheitswesen tätigen Ärzte und Zahnärzte verzichten sollte, oder sind diese bereits unter dem Begriff „Verwaltung und Forschung“ (Statistisches Jahrbuch 1978, Seite 380 – 17. 10.) aufgeführt, und wenn ja, müßte dann der notwendigen Klarheit wegen nicht doch eine Trennung zwischen den im öffentlichen Gesundheitsdienst und in der Forschung tätigen Mediziniern erfolgen? |
| 17. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Wie hoch ist die Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 aufgenommenen Flüchtlinge aus Chile insgesamt? |
| 18. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Wie verteilt sich die Zahl auf die einzelnen Jahre? |
| 19. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Wie ist der Anteil der Bundesländer an der Gesamtzahl der aufgenommenen Flüchtlinge aus Chile? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | In welcher Weise ist der Entsorgungsnachweis für das THTR-300-Prototyp-Kernkraftwerk bei Hamm-Uentrop geplant, welche Verträge insbesondere sind dafür in Vorbereitung bzw. bereits abgeschlossen? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Welches Potential zur Einsparung von Erdöl in der Bundesrepublik Deutschland sieht die Bundesregierung für die Umstellung auf Kernenergie bei der Stromerzeugung in Ölkraftwerken, bei der Raumheizung und Warmwasserbereitung mittels Nachtspeicherheizungen? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung der DDR finanzielle Leistungen angeboten, um von ihr Ablichtungen oder Zweitkataloge der Altbestandsverzeichnisse für die im Westen vorhandenen Bücher und Zeitschriften aus dem Besitz der Preußischen Staatsbibliothek zu erhalten, und wenn ja, in welcher Höhe und mit welchen Ergebnissen? |
| 23. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, nach welchen Prinzipien die Bundeszentrale für politische Bildung die Schulen in der Bundesrepublik Deutschland über Lehrgänge für Lehrer und neu erschienene Unterrichtsmaterialien informiert? |
| 24. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) | Wie wird diese Information durch die Bundeszentrale gewährleistet? |
| 25. Abgeordneter
Schmidt
(Niederselters)
(SPD) | Trifft es zu, daß erst am 6. März 1979 von der Bundesregierung beschlossen wurde, die Flugscheine bei Dienstreisen mit NON REF zu kennzeichnen, Flugscheine nur noch durch die Dienststellen beschaffen zu lassen, sie den Abrechnungen beizufügen und keinen Erlaß herauszugeben, sondern lediglich die alte Empfehlung von 1971 neu zu fassen? |
| 26. Abgeordneter
Schmidt
(Niederselters)
(SPD) | Mit welcher Begründung will die Bundesregierung gegebenenfalls Heimaturlaubsreisen und Rückreisen der Entwicklungshelfer von dieser Regelung ausnehmen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

27. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist beabsichtigt, daß der Berufsstand der Rechtsbeistände geschlossen werden soll und eine Überführung in die Anwaltschaft erfolgt?
28. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Plant die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode eine gesetzgeberische oder sonstige Initiative über die ambulanten sozialen Dienste der Justiz, insbesondere der Bewährungshilfe, und wenn nein, welche Gründe sind gegebenenfalls dafür angesichts der sehr auseinanderlaufenden Entwicklungen in den Bundesländern ausschlaggebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die zweimaligen gewaltigen ungewöhnlichen Schneemassen in Norddeutschland und die damit bereits unmittelbar und als Folge noch später eintretenden Schäden für die dortigen Bundesländer, Kreise und Kommunen ungeplante und das eigene Finanzvolumen weit übersteigende Folgekosten mit sich bringen, und ist die Bundesregierung bereit und hat sie konkrete Überlegungen angestellt, durch Sonderprogramme bei den notwendigen Finanzierungen zu helfen?
30. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Wie sehen gegebenenfalls diese Planungen aus?
31. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß niederländische Arbeitnehmer, die bei den englischen Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind und ihren Wohnsitz in den Niederlanden haben, unabhängig vom Familienstand in die Steuerklasse I eingestuft werden, und welche Gründe sind dafür maßgebend?
32. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bezüglich belgischer Arbeitnehmer, die bei den NATO-Streitkräften auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig sind und für die ebenfalls die in Frage 31 genannte Einstufung in die Steuerklasse I vorgeschrieben war, mit dem Königreich Belgien vertraglich vereinbart, daß diese Arbeitnehmer entsprechend ihrem tatsächlichen Familienstand steuerlich behandelt werden, oder beabsichtigt sie, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen?
33. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die von Verfassungen wegen auch gegenüber dem Ausland bestehende Schutzpflicht zur Wahrung und Durchsetzung der Vermögensrechte Deutscher für jene rund 1 300 kleinen und mittelständischen Betriebe zu erfüllen, die sich — bisher ohne greifbare Ergebnisse und ohne Anwendung der im internationalen Deliktsrecht im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsprinzips zulässigen Mittel seitens der Bundesregierung — vergeblich um den Zahlungstransfer für nicht über Hermes deckungsfähige Forderungen, wie z. B. Frachtkosten, oder aus kalkulatorischen Gründen nicht abgesicherte Forderungen von 750 Millionen DM bei der türkischen Zentralbank bemühen?

- | | |
|--|--|
| 34. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung ihrerseits — gegebenenfalls über den ERP-Fonds — Möglichkeiten, angesichts der schwierigen Devisenlage der Türkei, den kleinen und mittelständischen Betrieben zur Überbrückung der unmittelbar durch internationale Schwierigkeiten und durch das Fehlen sonstiger Schritte bei der Ausübung der Schutzpflicht entstandenen Gefährdung zu helfen? |
| 35. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Ist im Verantwortungsbereich des Bundes sichergestellt, daß alle Importe pflanzlicher Produkte, die auf Schiene und Straße über die Zonengrenze in die Bundesrepublik Deutschland kommen, und zwar Gemüse, Obst und besonders Getreide, auf chemische Rückstände untersucht werden? |
| 36. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Ist im Verantwortungsbereich des Bundes sichergestellt, daß entnommene Proben bei Importen von pflanzlichen Produkten, die auf Schiene und Straße über die Zonengrenze in die Bundesrepublik Deutschland kommen, so rechtzeitig untersucht werden, daß gegebenenfalls zu beanstandende Sendungen noch angehalten und zurückgewiesen werden können? |
| 37. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die in § 82 g Abs. 4 EStDV auf 31. Dezember 1979 begrenzte Frist für Abschreibungen in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten über diesen Termin hinaus zu verlängern? |
| 38. Abgeordneter
Schmidt
(Niederselters)
(SPD) | Hat die Bundesregierung der Deutschen Lufthansa 85 Millionen DM Darlehen nicht gewährt und damit die in Kapital umwandlungsfähige Darlehensmasse drastisch verringert, und ist dies gegebenenfalls als erster Schritt zur Privatisierung des Unternehmens (Reduzierung des Bundesanteils auf 51 v. H.) zu sehen? |
| 39. Abgeordneter
Schmidt
(Niederselters)
(SPD) | Hat die Bundesregierung einer Kapitalerhöhung für die Deutsche Lufthansa in Höhe von 300 Millionen DM für das Jahr 1979 nicht zugestimmt, und wenn ja, warum? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|---|
| 40. Abgeordneter
Peter
(SPD) | In welcher Höhe hat die Bundesregierung seit dem Jahr 1976 Mittel zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur für das Saarland zur Verfügung gestellt, und in welchem Umfang sind dieselben tatsächlich in Anspruch genommen worden? |
| 41. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, das Blindenwarenvertriebsgesetz dahin gehend zu novellieren, daß die bisher für den Vertrieb in Blindenbetrieben mit einer 25 Prozent-Klausel belegte „Zusatzware“ prozentual erhöht wird? |
| 42. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche Gründe veranlaßten die Bundesregierung, die Frachthilfe für Industrieholz ab 1. Januar 1979 auf 17 v. H. herabzusetzen? |

43. Abgeordneter Engelhard (FDP) Mit welcher Begründung dürfen Beamte, Angestellte und Arbeiter überstaatlicher oder zwischenstaatlicher Einrichtungen gem. Ziffer 9b, Abs. 1, Nr. 6 der Tarifbestimmungen für Kraftfahrversicherungen nur dann in die begünstigte Tarifgruppe B eingestuft werden, wenn sie deutsche Staatsangehörige sind, und ist die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Besetzung von Stellen in solchen Einrichtungen durch ausländische Mitarbeiter aus dem EG-Bereich bereit, auch diese in die Sonderregelung einzubeziehen?
44. Abgeordneter Dr. Riesenhuber (CDU/CSU) Mit welchen Mitteln (außer dem normalen Funktionieren des Markts) gedenkt die Bundesregierung, in 1979 zusätzlich 5 v. H. des Ölbedarfs einzusparen entsprechend der Empfehlung der IEA, der die Bundesregierung selbst zugestimmt hat, und auf welche absoluten Größen beziehen sich diese 5 v. H. Öleinsparung?
45. Abgeordneter Dr. Riesenhuber (CDU/CSU) Wie hoch sind die nationalen Energievorräte in Form von nationaler Steinkohlenreserve und Bundesrohölreserven nach Stand des Jahres 1978?
46. Abgeordneter Dr. Riesenhuber (CDU/CSU) Wie hoch sind die nationalen Energievorräte in Form von mit staatlichen Mitteln angekaufter Uranvorräte und Umrechnung ihres Energieinhalts auf Einsatz in Leichtwasserreaktoren nach dem Stand des Jahres 1978?
47. Abgeordneter Dr. Riesenhuber (CDU/CSU) Welche Kernkraftwerkskapazität kann in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985 überhaupt betriebsbereit sein, wenn man berücksichtigt, daß dann nur die heute im Bau befindlichen oder gestoppten Kernkraftwerke zusätzlich zu den im Betrieb befindlichen zur Stromversorgung herangezogen werden können?
48. Abgeordneter Pfeffermann (CDU/CSU) Welche Bundesgesetze und sonstigen Vorschriften des Bundes behindern den Einsatz neuer Energiequellen, die nicht auf der Basis Mineralöl beruhen, im Verkehrsbereich der Bundesrepublik Deutschland?
49. Abgeordneter Pfeffermann (CDU/CSU) Wie beurteilt insbesondere die Bundesregierung den derzeitigen Stand der Besteuerung von Benzin-Methanolgemischen und der Elektroautos, und gedenkt sie, gegebenenfalls eine Besteuerung auf Grund der Energiedichte der verwendeten Energiequellen einzuführen, damit ein wirtschaftlicher Anreiz für die Einführung neuer Energiequellen im Verkehrsbereich existiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

50. Abgeordneter Dr. Bußmann (SPD) Wann gedenkt die Bundesregierung, eine neue Verordnung über Körung von Hengsten zu erlassen, nachdem die alte Verordnung von 1974 mit dem Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes wegfällt?
51. Abgeordneter Dr. Bußmann (SPD) Wie begründet die Bundesregierung die vorgeschriebene Stationsprüfung von 100 Tagen Dauer, wenn dem privaten Hengsthalter nicht gleichzeitigerlaubt wird, die Kosten einer so langen Prüfung durch kostendeckende Decktaxen zu finanzieren?

- | | |
|--|--|
| 52. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) | Führt die direkte Subventionierung von Landgestü-
ten nicht zu einer indirekten Subventionierung der
Decktaxen von Landbeschlern und verzerrt so die
Kostenlage der privaten und öffentlichen Hengst-
halter? |
| 53. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkei-
ten, den auf Grund der Ölpreissteigerung erneut
in Bedrängnis geratenen Unterglasgartenbaubetrie-
ben Hilfe zuteil werden zu lassen, und ist ihr be-
kannt, welche Hilfen konkurrierenden Betrieben in
anderen EG-Ländern, insbesondere in den Nieder-
landen, gewährt werden? |
| 54. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Sind — wie in der Presse gemeldet wurde — seit dem
vergangenen Herbst bereits rund 60 000 t EG-Butter
an die UdSSR verkauft und über weitere 10 000 t
Lieferverträge mit Polen abgeschlossen worden, und
wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls
den Sachverhalt? |
| 55. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Wie hoch belaufen sich die finanziellen Aufwendun-
gen des EAGFL — Abteilung Garantie — für diese
Geschäfte im letzten halben Jahr? |
| 56. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Was wird die Bundesregierung bei der EG-Kommis-
sion und im Ministerrat unternehmen, damit Dritt-
landgeschäfte dieser Art angemessen sind und die
EG-Bevölkerung durch Verbilligungsaktionen begün-
stigt wird? |
| 57. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Wie hoch belaufen sich die finanziellen Aufwendun-
gen des EAGFL — Abteilung Garantie — für andere
Drittlandgeschäfte und für Verbilligungsaktionen
innerhalb der EG im gleichen Zeitraum? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 58. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufnahme
einer von den Lebensversicherern seit längerem
vorgeschlagenen Vermögensbeteiligungspolice in den
Katalog der Anlageform bei der Novellierung des
Dritten Vermögensbildungsgesetzes, und ist sie ge-
gebenenfalls bereit, sie aufzunehmen? |
| 59. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die
Befreiung von der Rezeptblattgebühr bei Waisen-
rentnern einzuführen, da diese Kinder im Gegensatz
zu den familienversicherten Kindern von dieser
Gebühr nicht befreit sind? |
| 60. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die Ausführungsver-
ordnung zur Arbeitszeitordnung vom 12. Dezember
1938 in ihrer Änderung vom 16. Februar 1960, die
die Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern
mit eigentlichen Betriebsarbeiten bei Bauten ver-
bietet, dahin gehend zu ändern, daß auch Mädchen
und Frauen die Berufserlernung und Berufsausübung
im Bau- und Zimmereihandwerk ermöglicht wird,
und welche Ansichten vertritt die Bundesregierung
zur Ausbildung und Beschäftigung weiblicher Ar-
beitnehmer im Bau- und Zimmereigewerbe? |

61. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung weiterhin zu ergreifen, um Vollbeschäftigung zu garantieren und den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer nicht nur zu erhalten, sondern noch weiter auszubauen?
62. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) In welchem Maß könnte die Einführung einer Schichtarbeiterabgabe der Arbeitgeber nach Ansicht der Bundesregierung die sozialen, gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kosten ausgleichen, die durch Schichtarbeit entstehen, und verfolgt die Bundesregierung entsprechende Pläne?
63. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Informationen, in welchem Maß gerade Schichtarbeiter Mehrfachbelastungen durch die Umweltbedingungen an ihren Arbeitsplätzen ausgesetzt sind, und wie können diese Mehrfachbelastungen abgebaut werden?
64. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Rentenversicherungsträger hinsichtlich der rentenrechtlichen Anrechnung von Dienstzeiten bei der Nationalen Volksarmee der DDR danach differenzieren, ob es sich um Zeiten von Offizieren/längerdienenden Unterführern und Mannschaften oder um Zeiten von Wehrpflichtigen handelt, und hält sie dieses Vorgehen für vertretbar?
65. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Welche Kosten sind durch die Neuauflage der Kindergeldbroschüre entstanden, nachdem im Herbst 1978 während der Beratungen zur Verbesserung des Kindergelds mit einem Kostenaufwand von über 3 Millionen DM die Bundesanstalt für Arbeit an alle Kindergeldbezieher eine Kindergeldbroschüre versandt hat?
66. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Wird auch diese Kindergeldbroschüre an alle Kindergeldbezieher versandt, und ist gesichert, daß nicht auch die Bundesanstalt für Arbeit eine eigene Broschüre an alle Kindergeldbezieher verschickt?
67. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die neue Kindergeldbroschüre über die Standesämter der Gemeinden, bei denen jede Geburt angemeldet werden muß, zu verteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

68. Abgeordneter
Peter
(SPD) In welchem Wertumfang sind Betriebe im Saarland in den Jahren 1977 und 1978 an Beschaffungen für die Bundeswehr beteiligt worden, und wie verhält sich der auf die saarländischen Betriebe entfallende Wertanteil im Verhältnis zu den anderen Bundesländern?
69. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Kann der Bundesverteidigungsminister die besondere Situation der in der Luftverteidigung (insbesondere Fla Rak) eingesetzten Soldaten in bezug auf deren Einsatzbedingungen bestätigen, und welche Maßnahmen werden zur Zeit geplant, um die Belastungen erträglicher zu gestalten?

70. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Gehen der Bundesrepublik Deutschland enorme Skontobeträge wegen Zeitüberschreitungen infolge der Einrichtung von Großkassen innerhalb der Bundeswehr verloren, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?
71. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, das Bundeswehrkrankenhaus Kempten aufzulösen, und falls ja, welche Pläne hat die Bundesregierung, das vorhandene zivile und militärische Personal anderweitig einzusetzen, und hat die Bundesregierung schon Überlegungen angestellt, inwieweit der vorhandene Gebäudekomplex in Kempten weiterhin genutzt werden kann?
72. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wurde die bisherige persönliche Mitarbeiterin des NATO-Generalsekretariats, Ursel Lorenzen, nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung keiner Sicherheitsüberprüfung unterzogen, und wenn ja, sind der Regierung auch die Gründe für diese Unterlassung bekannt?
73. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wann ist damit zu rechnen, daß der derzeit von der Bundeswehr genutzte Übungsplatz München-Feldmoching endgültig zum Zweck städtebaulicher Nutzung freigegeben werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

74. Abgeordnete
**Frau
Berger**
(Berlin)
(CDU/CSU) In wieviel Fällen sind auf der Grundlage des Artikels 4 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. April 1974 auf dem Gebiet des Gesundheitswesens medizinische Spezialbehandlungen — getrennt nach Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — ermöglicht worden?
75. Abgeordnete
**Frau
Berger**
(Berlin)
(CDU/CSU) Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Durchführung dieses Abkommens?
76. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie hat sich das BGA bei der Rückziehung der Clofibrat-Präparate davon überzeugen können, daß tatsächlich ein begründeter Verdacht schädlicher Nebenwirkungen von Clofibrat besteht und nicht nur auf Grund statistischer oder methodischer Fehler die WHO-Studie vorgetäuscht wurde, zumal keine andere Arzneimittelbehörde dem BGA gefolgt ist und der Entscheid des BGA beim Hearing der FDA als nicht rational charakterisiert wurde, und warum hat sich das BGA nicht an den Stufenplan gehalten und nicht die zuständige Arzneimittelzulassungs- bzw. Aufbereitungskommission konsultiert?
77. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) In welchem Umfang fördert die Bundesregierung die Einrichtung von Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen?

78. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) In welchem Umfang gewährt die Deutsche Bundesbahn ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten Sonderurlaub für jugendpflegerische Tätigkeit?
79. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Ärzte außer einer theoretischen Vorlesung über Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten keinerlei praktische Ausbildung in den Disziplinen der Zahnheilkunde erhalten, sie aber auf Grund ihrer Approbation uneingeschränkt berechtigt sind, Zahnheilkunde auszuüben, und wie will sie den Gefahren einer „selbstgestrickten“ Aus- und Weiterbildung der Ärzte auf dem Gebiet der Zahnheilkunde mit den Konsequenzen der Niederlassung zur selbständigen Ausübung der Zahnheilkunde begegnen, um auch weiterhin eine optimale Versorgung der Bevölkerung auf dem Gebiet der Zahnmedizin sicherzustellen?
80. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Denkt die Bundesregierung daran, zur Verwirklichung des „Programms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ ein Lenkungsprogramm zu schaffen, das durch Projektformulierung Projektkoordinierung und Projektvergabe für einen effizienten Mitteleinsatz sorgt, und handelt es sich, falls ein solches Lenkungs-gremium gebildet wurde oder gebildet werden soll, bei den Mitgliedern dieses Gremiums um Personen, die unabhängig und an den einzelnen Forschungsprojekten unbeteiligt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

81. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD) Welche Untersuchungen sind erfolgt bzw. erfolgen im Hinblick auf die zusätzliche Lärmbelästigung der Umgebung des Flughafens Frankfurt, die durch den durch die Schwellenverlegung erforderlichen Waldeinschlag hervorgerufen wird, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen?
82. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD) Ist bei den Ermittlungen, die zur Beantwortung meiner Frage in Drucksache 8/2561, B. 63, erforderlich waren, diejenige Stelle festgestellt oder mitgeteilt worden, die veranlaßt hat, daß vor Ankauf des für die Startbahnverschiebung erforderlichen Geländes durch die Flughafen AG Frankfurt und auch vor Beginn der Ausbaumaßnahmen mehrere Kilometer Waldwege für einen Betrag von 350 000 DM ausgebaut wurden, und wenn ja, welche Stelle wurde festgestellt bzw. genannt?
83. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD) Wie ist der Sachstand bei der Errichtung der Ost-West-S-Bahn (Hagen — Wuppertal — Düsseldorf — Mönchengladbach), und ist damit zu rechnen, daß die zeitlichen Vorgaben eingehalten werden können?

84. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, hinsichtlich des Sonn- und Feiertagsfahrverbots für Lastkraftwagen den unterschiedlichen Regelungen von Feiertagen der Bundesländer in der Weise Rechnung zu tragen, daß an Wochenfeiertagen zwischen dienstags und freitags keinerlei Beeinträchtigung und Belästigung für die Umwelt und Bevölkerung entsteht, wenn anstatt um 0.00 Uhr das Fahrverbot um etwa 3.00 Uhr morgens eintreten würde, damit Fahrpersonal und Lastwagen noch den Heimatplatz erreichen, zumal ein Teil der Wochenfeiertage nicht in allen Bundesländern gleich sind?
85. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU) Welche Genehmigungen nach Art, Umfang und Örtlichkeit hat die Bundesregierung zur Einleitung von flüssigen und festen Abfällen zwecks Beseitigung im Bereich des Festlandssockels der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 1969 erteilt?
86. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß von einer Beseitigung derartiger Abfälle in anderer — umweltfreundlicher — Weise abgesehen werden muß, und welche Gründe führt sie dafür an?
87. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die Batelle-Untersuchung über den Kosten-/Nutzeffekt der A-Strecke in Frankfurt, und welche Konsequenzen zieht sie aus den Ergebnissen im Hinblick auf die Finanzhilfe des Bundes für den Ausbau der U-Bahnnetze im Ruhrgebiet?
88. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung in Anbetracht ihres Finanzierungsanteils den Ausbau- und Neubau von U-Bahnnetzen im Ruhrgebiet weiterhin für erforderlich, obwohl zwischenzeitlich erkannt wird, daß ihr verkehrspolitischer Nutzen ebenso infrage gestellt ist wie die Finanzierung der Folgekosten?
89. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt und billigt sie die Absicht der Deutschen Bundesbahn, das Bundesbahnbetriebswerk in Husum zu schließen?
90. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU) Wenn ja, sind der Bundesregierung die Gründe für diese Absicht im einzelnen vorgetragen worden, und sind der Bundesregierung die damit zusammenhängenden Probleme für die Arbeitsmarktstruktur des dortigen Gebiets bekannt?
91. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Wird der für eine wirksame verkehrliche Entlastung von Darmstadt-Eberstadt notwendige Ausbau der B 3 (neu) zwischen Darmstadt und Eberstadt erneut durch die Amerikaner durch Geländeforderungen behindert, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls getan, damit diese Einwände überwunden werden können?
92. Abgeordneter
Amling
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Deutsche Bundesbahn die Möglichkeit schaffen sollte, zukünftig in Bahnbusen ermäßigte Fahrkarten für Senioren anzubieten, da nach der derzeitigen Regelung ermäßigte Fahrkarten nur an Bahnhöfen erworben werden können, was beispielsweise für Personen eine Härte darstellt, die zwar berechtigt sind, eine ermäßigte Fahrkarte zu erhalten, aber mangels einer schnell erreichbaren Verkaufsstelle dieses Angebot nicht ausnützen können?

93. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wann wird nach Auffassung der Bundesregierung das Instrumentenlandesystem (ILS) auf den Großflughäfen der Bundesrepublik Deutschland durch das neue Mikrowellenlandesystem (MLS) abgelöst, nachdem in der International Civil Aviation Organization (ICAO) unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland eine grundsätzliche Einigung über die Einführung der MLS erzielt werden konnte, und teilt die Bundesregierung die verschiedentlich geäußerte Auffassung, daß bei Einführung des MLS sowohl die Kapazitätsberechnungen für die bestehenden Flughäfen, als auch die Lärmgrenzen der geplanten neuen Flughäfen überarbeitet werden müssen?
94. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für möglich und technisch sowie wirtschaftlich sinnvoll, daß geplante neue Großflughäfen noch mit dem ILS ausgerüstet werden, oder ist die Bundesregierung der Auffassung, daß geplante neue Großflughäfen von vornherein mit dem neuen MLS ausgerüstet werden sollten?
95. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Mit welchen zeitlichen Verzögerungen rechnet die Bundesregierung nach dem gegenwärtigen Stand für die Fertigstellung der Neubautrasse Mannheim-Stuttgart der Deutschen Bundesbahn, und mit welchen Kostenänderungen gegenüber den ursprünglichen Schätzzahlen ist nach dem heutigen Stand zu rechnen?
96. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen deutsche Lebensmitteltransporte in Frankreich in der jüngsten Vergangenheit behindert bzw. gekapert worden sind, in welchem Umfang es dabei zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen ist, und inwieweit den Betroffenen dabei Hilfe von französischen Stellen zuteil geworden ist?
97. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung diese anhaltenden tätlichen Behinderungen der Lkw-Fahrer und Vernichtung von Lebensmitteln und Fahrzeugen bei Lieferungen nach Frankreich, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen unhaltbaren Zustand zu beheben?
98. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn völlig einseitig in Zeitungen wie „Vorwärts“, „Welt der Arbeit“, „Sozialdemokrat-Magazin“, „Pardon“, „Bilanz“ sowie „Stern“ und „Spiegel“ inseriert, und ist dies gegebenenfalls mit den Grundsätzen der Deutschen Bundesbahn vereinbar, wenn auf diese Weise über die Aufkommen der Steuerzahler und Bahnbenutzer Werbung einseitig zu Gunsten der der SPD und den Gewerkschaften nahestehenden Zeitungen erfolgt?
99. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse haben die Untersuchungen und Beratungen der Arbeitsgruppe „Billigbetrieb“ bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn erbracht?
100. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Welche Nachfolgemodelle für den Schienenbus VT 798 hat die Deutsche Bundesbahn entwickelt, und welcher Kostendeckungsgrad wird bei ihrer Verwendung nach den Erfahrungen der Deutschen Bundesbahn durchschnittlich erzielt?

- | | |
|--|--|
| 101. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) | In welcher Höhe hat die Deutsche Bundesbahn seit 1969 bei den süd-ost-niedersächsischen Schienenstrecken Braunschweig/Salgitter-Ringelheim (Fahrplan-Nr. 235), Salzgitter-Drütte/Derneburg (Fahrplan-Nr. 231), Hildesheim/Braunschweig (Fahrplan-Nr. 265) und bei den Einrichtungen der Bundesbahnverwaltungen Investitionen vorgenommen, und welche weiteren Investitionen sind für die o. a. Objekte in welchem Zeitraum geplant? |
| 102. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die bei der Stadt Salzgitter und dem Regierungspräsidenten in Braunschweig vorliegenden Eingaben gegen den geplanten Bau der A 39 zwischen Salzgitter-Salder und Salzgitter-Osterlinde bzw. Westerlinde, und ist zu befürchten, daß der dringend notwendige Bau der geplanten Trasse dadurch verzögert werden könnte? |
| 103. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Wie ist der Stand der Planungen für eine dringend notwendige Umgehung der Kurstadt Baden-Baden im Zuge der B 500, nachdem für den innerstädtischen Bereich eine Tunnellösung realisiert werden wird, und bis wann ist mit der Umgehung zu rechnen? |
| 104. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Wird der im Heilbronner Raum von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion praktizierte Verkauf von Baggerschlamm aus Flußläufen auch im Gebiet anderer Wasser- und Schifffahrtsdirektionen praktiziert, und welche Vorkehrungen wird die Bundesregierung treffen, daß künftig nur in der chemischen Zusammensetzung unbedenkliches Baggergut an landwirtschaftliche Betriebe zur Bodenverbesserung abgegeben wird? |
| 105. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Heilbronner Raum die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen veranlassen, vor dem Verkauf von Baggergut mit den für Umweltschutz in Flußläufen zuständigen Landesbehörden Rücksprache zu halten, um umweltschädigende Auswirkungen bei der Verwendung des Baggerguts von vornherein auszuschalten? |
| 106. Abgeordneter
Peiter
(SPD) | Wann ist nunmehr mit der Beseitigung der schienen- gleichen Bahnübergänge in Kestert (Rhein-Lahn-Kreis) zu rechnen? |
| 107. Abgeordnete
Frau Funcke
(FDP) | Trifft es zu, daß in der Silvesternacht 1978/79 bei eisiger Kälte und stundenlangen Zugverspätungen alle Wartesäle des Kölner Hauptbahnhofs geschlossen waren und trotz dringenden Bedarfs nicht ein einziger vom Bahnpersonal geöffnet wurde? |
| 108. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Muß aus der mündlichen Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wrede in der Fragestunde vom 7. März 1979 auf meine Anfrage zur A 98 geschlossen werden, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, bei der Überprüfung der Dringlichkeitskriterien für die A 98 zwischen Markdorf und Lindau dem Vorschlag des Regionalverbands Bodensee — Oberschwaben zu folgen und eine Transierung der B 31 zugrundezulegen, die lediglich die Umgehung Meersburg und die Stadttangente Friedrichshafen abweichend von der vorhandenen Trasse vorsieht? |

109. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist der Bund bereit, sich an Schallschutzmaßnahmen, insbesondere an Programmen zur Einrichtung von Schallschutzfenstern an Durchgangsstraßen in Kommunen, zu beteiligen?
110. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, fernsprechtechnisch mit Südwestafrika/Namibia gleichzuziehen, von wo aus die Bundesrepublik Deutschland im Selbstwählverfahren erreichbar ist, um so eine gravierende Erschwerung des Kontakts zu den 30 000 dort lebenden Deutschen zu beseitigen?
111. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung zusichern, daß dann das Telefonieren von der Bundesrepublik Deutschland nach Südwestafrika/Namibia zumindest nicht mehr teurer sein wird als in umgekehrter Richtung, was jetzt noch der Fall ist?
112. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Tatsache, daß von den auf Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn installierten öffentlichen Telefonen mindestens die Hälfte ständig kaputt ist, ohne daß äußerliche Beschädigungen sichtbar sind, und was gedenkt sie dagegen zu tun?
113. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung die Vorgehensweise des Bundespostministers, im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister die Zahl der arbeitseinsatzfähigen Kräfte bei der Deutschen Bundespost auf 450 000 zu begrenzen, wenn seit Jahren in Teilbereichen des Post- und Fernmeldedienstes nachweislich ein erheblicher Personalmangel besteht und im Rechnungsjahr 1979 bei realistischer Ermittlung mindestens rund 455 000 Kräfte benötigt werden?
114. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart sich der aus diesem Anlaß vom Bundespostminister praktisch verfügte Einstellungsstopp mit der Forderung der Bundesregierung nach Schaffung von Arbeitsplätzen, wenn selbst im öffentlichen Dienst bei der Deutschen Bundespost freie Arbeitsplätze nicht bedarfsgerecht besetzt werden?
115. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Befürchtungen, daß sich wegen des reduzierten Personalbedarfs die Dienstleistungen im Post- und Fernmeldedienst für den Bürger verschlechtern werden?
116. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Sind vom Bundespostminister weitere Maßnahmen angekündigt worden, die personalunfreundlich sind, den Bestrebungen der Bundesregierung nach Humanisierung der Arbeitswelt zuwiderlaufen und die Lebensqualität für die Beschäftigten bei der Deutschen Bundespost verschlechtern, und wenn ja, billigt die Bundesregierung diese Maßnahmen?
117. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Oberpostdirektion München angewiesen, 83 Fernmeldehandwerker, die ihre Ausbildung bei der Deutschen Bundespost im Februar mit hervorragenden Leistungen abgeschlossen haben, nicht in den Fernmeldedienst zu übernehmen, obwohl den Auszubildenden noch mit BPM-Vfg. Nr. 30009 — 8430/0 und BPM-Vfg. Nr. 3000 — 3 — 8430/0 vom 19. Juli 1978 nebst nachfolgender OPD-Vfg. 34/8 8434/OB vom

16. August 1978 die Einstellung verbindlich zugesichert worden war, und obwohl die Oberpostdirektion München derzeit einen ungedeckten Bedarf von 129 Fernmeldehandwerkern hat, und wenn ja, welche Gründe haben sie dazu veranlaßt?
118. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wie kann gegebenenfalls angesichts solcher Vorgänge erwartet werden, daß die betroffenen Jugendlichen und deren Familienangehörigen noch Vertrauen in die Zuverlässigkeit behördlicher Zusagen aufbringen, und ist die Bundesregierung bereit, die 83 Betroffenen alsbald, zumindest im Laufe dieses Jahrs, in den Fernmeldedienst zu übernehmen?
119. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Können die derzeit bei der Oberpostdirektion München in der Ausbildung zum Fernmeldehandwerk stehenden Jugendlichen, die diese Ausbildung im Mai 1979 (Sonderprogramm) und im Juli 1979 (regulärer Jahrgang) abschließen, mit einer unmittelbaren oder wenigstens absehbaren Übernahme in den Fernmeldedienst rechnen, und falls nein, warum nicht?
120. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß bei erheblichem Bedarf an Fernmeldehandwerkern in den Oberpostdirektionen neu ausgebildete Fernmeldehandwerker aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht übernommen werden können, dem Bundestag eine entsprechende Personalmehrung vorzuschlagen, und bis wann ist gegebenenfalls mit einem solchen Vorschlag zu rechnen?
121. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, ihre in einem Fernschreiben an die Oberpostdirektionen angeordnete Einstellungssperre für Fernmeldehandwerker und die Annullierung der bisher erteilten Einstellungsquoten umgehend zu überprüfen?
122. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung eines für die betroffenen Auszubildenden derart einschneidenden Verfahrens angesichts der Tatsache, daß eben diese jungen Menschen vor wenigen Wochen auf Anordnung des Ministeriums über ihre Berufsaussichten im Fernmeldebereich unterrichtet und ihnen damit große Hoffnungen gemacht wurden?
123. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Mit welchen Begründungen rechtfertigt die Bundesregierung ihr Vorgehen im Hinblick auf die Grundsätze der Führungsleitlinie des Bundespostministeriums und die geltenden Regeln für die Feststellung des Personalbedarfs und der Personalbemessungsrichtlinien?
124. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, wenigstens dafür Sorge zu tragen, daß an den Fernmeldeämtern, an denen ein ausgesprochener Bedarf an der Einstellung der von ihnen selbst ausgebildeten Fernmeldehandwerkern besteht, wie etwa in Kempten, der generelle Einstellungsstopp aufgehoben und eine der jeweiligen Situation angemessene Regelung angewendet wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

125. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Vorschrift, wonach bei Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie (nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz) das Wärmedämmmaterial im Gebäck ausgebauter und beheizter Dachgeschosse und in nicht ausgebauten Dachräumen auf der obersten Geschoßdecke eine Mindestdicke von 60 mm aufweisen muß, eine Forderung, die sich nachteilig auf die Entwicklung, Verwendung oder Verbreitung hochdämmender Materialien, welche bei kleineren Materialstärken die gleiche Isolierfähigkeit haben wie herkömmliche 60 mm starke Wärmedämmmaterialien, auswirken kann?
126. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen und Kontakte mit den Bundesländern, darauf hinzuwirken, daß diese bei der Bewilligung von staatlichen Hilfen für Baumaßnahmen zur Energieeinsparung dann von einer Vorschrift der Dämmmaterialstärke absehen, wenn der Antragsteller den Nachweis erbringt, daß das von ihm vorgesehene Isoliermaterial trotz eventueller niedrigerer Materialstärke mindestens die gleiche Dämmfähigkeit besitzt wie herkömmliches Dämmmaterial in der geforderten Mindestdicke?
127. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit wurde die Studie „Faktoren der Standortwahl für Kernkraftwerke in ausgewählten Industriestandorten“ (Schriftenreihe Raumordnung des Bundesbauministeriums 06.017) ausgewertet, und welche Initiativen will die Bundesregierung ergreifen, um die gewonnenen Ergebnisse umzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

128. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Wie ist der in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. „Zahlungen an die DDR und andere Ostblockstaaten . . .“ (Drucksachen 8/2562, 8/2598) ausgewiesene „Aktivsaldo“ der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 480,5 Millionen DM zustande gekommen?
129. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Ist vereinbart, daß dieser Saldo ausgeglichen wird, oder muß davon ausgegangen werden, daß der Saldo weiter steigt und als „Dauervergünstigung“ seitens der Deutschen Bundesbahn an die DDR betrachtet werden muß?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

130. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Welche abwägenden Pro- und Contra-Untersuchungen zur Frage der ökologischen Notwendigkeit und Vertretbarkeit der plutoniumerzeugenden Wiederaufarbeitungstechnologie kann die Bundesregierung dem informationssuchenden Bürger anbieten, und hält sie das vorhandene Informationsangebot für ausreichend?

- | | |
|---|--|
| 131. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Wieviel Forschungsprojekte wurden seit 1970 aus dem Haushalt des Bundesministers für Forschung und Technologie gefördert? |
| 132. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Welche Finanzmittel wurden dafür aufgewendet? |
| 133. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Wieviel dieser Projekte führten zu einem marktfähigen Projekt oder Verfahren? |
| 134. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Auf welche Weise überprüft der Bundesminister für Forschung und Technologie, ob ein Innovationserfolg eines geförderten Projekts eintritt? |
| 135. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Unternehmen unter Ausnutzung der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten ihrer Arbeitnehmer durchführen, und falls ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun? |
| 136. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei den vom Bundesministerium für Forschung und Technologie im Rahmen des Aktionsprogramms „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ geförderten Projekten die Arbeitnehmer und deren Vertretungsorgane an der Projektzielbestimmung zu beteiligen? |

Bonn, den 9. März 1979